

Beschluss der 7. Mitteldeutschlandkonferenz der CDU-Landtagsfraktionen von Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen

Magdeburg, 16. November 2015

Eine digitale Agenda für Mitteldeutschland

Datennetze und Computer bestimmen zunehmend unser Leben. Die Veränderungen der Digitalisierung wie Big Data und Smart Data, Smart Services, mobile Internetnutzung, Cloud Computing und Social Media betreffen die mitteldeutsche Wirtschaft in hohem Maße. "Industrie 4.0"- die vernetzte Produktion - hat das Potenzial, Wertschöpfungsketten grundlegend neu zu gestalten und die Geschäftsmodelle der heimischen Leitbranchen erheblich zu beeinflussen. Trotzdem stehen wir erst am Anfang einer digitalen Revolution, die schon in den nächsten Jahren die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt in Mitteldeutschland nachhaltig beeinflussen wird.

Die mitteldeutschen Länder müssen diesen Prozess intensiv begleiten. Bereits jetzt liegt der Informations- und Kommunikationstechnologien (ITK)-Standort Deutschland lediglich im Mittelfeld der global bedeutendsten ITK-Regionen. Wir müssen aufpassen, international nicht den Anschluss zu verlieren. Ein derartiges Szenario wäre verheerend für den Wohlstand und die Sicherheit in Mitteldeutschland. ITK-Technologien sind zukünftig der Schlüssel für Wachstum, Wohlstand und soziale Sicherheit. Die CDU-Fraktionen der mitteldeutschen Länder Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen haben die Bedeutung und Notwendigkeit der Digitalisierung erkannt. Diese muss jetzt rasch in die Praxis umgesetzt werden. Dies gilt für die Bereiche der öffentlichen Verwaltung genauso wie für die Wirtschaft unseres Landes. Darüber hinaus muss der Dominanz angelsächsischer Konzerne, die weite Teile des weltweiten ITK-Marktes beherrschen, entgegengetreten werden. Dazu bedarf es einer neuen Unternehmens- und Gründerkultur für die gesamte Branche.

Mitteldeutschland muss bei wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schlüsselthemen wie Industrie 4.0, Smart Data, E-Health oder E-Mobility eine Vorreiterrolle einnehmen und statt ständig über die Risiken zu diskutieren, sich auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Chancen der Digitalisierung konzentrieren.

Für die CDU-Fraktionen der mitteldeutschen Länder ist es eine der zentralen politischen Herausforderungen der nächsten Jahre, Rahmenbedingungen zu schaffen, die für ein weiteres Wachstum der heimischen ITK-Branche und deren Szene sorgen. Diese hat sich in den zurückliegenden Jahren ausgesprochen positiv entwickelt. Sie ist eine gründerintensive Branche mit hohen Beschäftigungseffekten. Darüber hinaus gilt das Ziel, vor allem kleine und mittlere Unternehmen in Mitteldeutschland darin zu unterstützen, ihre Innovationsfähigkeit durch neue digitale Technologien zu erhöhen.

Wir fordern:

1. Den flächendeckenden Breitbandausbau in Mitteldeutschland bis zum Jahr 2018 mit Übertragungsraten von mindestens 50 Mbit/s für Verbraucher, ab 100 Mbit/s für öffentliche Verwaltungen und ab 100 Mbit/s für Unternehmen und Gewerbegebiete. Der Ausbau der ITK-Infrastruktur ist als Grundvoraussetzung für die Digitalisierung Mitteldeutschlands, für den Übergang zur Industrie 4.0 und der Schlüsseltechnologie 5G länderkoordiniert, systemoffen und vernetzend umzusetzen.
2. Eine digitale Transformation und Vernetzung der Verwaltung mit dem Ziel, die Transparenz der öffentlichen Hand zu fördern und Daten einfach und verlässlich bereitzustellen sowie auf die Einrichtung von „One-Stop-Shops“ hinzuwirken.
3. Einen modernen Ordnungs- und Rechtsrahmen, um Freiheit, Transparenz, Datenschutz und -sicherheit sowie den Wettbewerb in der digitalen Welt sicherzustellen. Dieser muss die Auswirkungen der digitalen Technologien auf Beschäftigung und Arbeitsmärkte, den Gesundheitsschutz sowie die Unternehmensorganisationen stärker im Blick haben, sowie Lösungsansätze für das Arbeiten in der digitalen Welt, die [Energiewende](#) und im Bereich der Green-IT voranbringen.
4. Stärkere Vermittlung von ITK-Medienkompetenzen an allen Schulen in Mitteldeutschland.
5. Mehr freies WLAN in Mitteldeutschland. Der Bundestag muss für eine rechtliche Klarstellung der sog. Störerhaftung sorgen, um die Rechtssicherheit für Funknetz-Betreiber herzustellen.
6. Länderübergreifende Koordination und Kooperationen bei Forschung- und Entwicklung in der mitteldeutschen ITK-Branche. Festlegung gemeinsame Schwerpunktthemen und Förderszenarien. Stärkere Einbindung der Hochschullandschaft und von außeruniversitären Forschungseinrichtungen.
7. Eine stärkere Unterstützung von KMU in Fragen der Digitalisierung von Produktionsprozessen und Arbeitsabläufen.
8. Verwaltungsabläufe mitteldeutscher Landesbehörden auf unterschiedlichen Ebenen zu digitalisieren, zu vernetzen und zu vereinheitlichen.
9. Gemeinsame Projekte der mitteldeutschen Länder im Hinblick auf die IT-Sicherheit, dem Jugendschutz, der inneren Sicherheit, der Zusammenarbeit von Behörden, im Archivwesen, dem Urheberrecht oder bei der Schaffung einheitlicher Verwaltungsprozesse.

10. Eine positive Risikokultur, um die mitteldeutsche Gründerszene weiter zu befördern. Aufbau eines gemeinsamen Förderprogramms als Ergänzung zum High-Tech Gründerfonds und Bereitstellung von Wagnis- und Venture-Capital für junge ITK-Unternehmen in ganz Mitteldeutschland.
11. Eine intensivere Koordination der Zusammenarbeit der Landesregierungen mit den verschiedenen für den Digitalsektor zuständigen Aufsichtsbehörden, insbesondere Bundesnetzagentur, Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit.
12. Gemeinsame Schwerpunktsetzungen und Schaffung eines gemeinsamen Koordinierungsrahmens der mitteldeutschen Länder für den Ausbau und die Förderung der vernetzten Gesellschaft (Logistik, Gesundheitswirtschaft, Energiemanagement, Automotive, Smart Home, Industrieautomatisierung, Smart Factory, Intelligente Mobilität).